

„Putin Palast“-Video wurde von „Correctiv“ mitproduziert



Das „Nawalny-Video“ wurde mit Hilfe der linken deutschen Medienlobbyisten von „Correctiv“ hergestellt, wie die „Sächsische Zeitung“ berichtet. Problematisch: „Correctiv“ wird von der Deutschen Bundesregierung, dem Land NRW sowie führenden deutschen Mainstream-Medien und den Open Society Foundations finanziert.

Nur zwei Tage nach der Rückkehr von Alexei Nawalny nach Russland und seiner Verhaftung veröffentlichte sein Team ein Video mit dem Titel „Ein Palast für Putin“. Darin geht es um einen angeblich superteuren Geheim-Palast von Putin, schreibt die Sächsische Zeitung. „Das Gebäude wird mit detailreichen Grundrissen und Möblierungs-Beispielen sowie umfangreichem Skizzen- und Foto-Material bis in die kleinste Prunk-Ausfertigung präsentiert. Man kann sich das Ganze quasi in einer Online-Besichtigung betrachten. Mehr als eine Milliarde Euro soll dieser Palast gekostet haben und insgesamt ein Gelände umfassen, das 39-mal so groß sein soll wie das Fürstentum von Monaco. In der ersten halben Stunde nach Veröffentlichung wurde das Video bereits eine halbe Million Mal angeklickt.“

„Die umfangreichen Recherchen in Putins Vergangenheit sind übrigens mit deutscher Unterstützung zustande gekommen“, so die Sächsische Zeitung. „So hat sich das Recherche-Team „Correctiv“ an der Arbeit beteiligt. Das bestätigte David Schraven auf SZ-Nachfrage. „Wir recherchieren seit längerer

Zeit unter anderem über die frühen Jahre Putins in Dresden und das System Putin.“ Da habe es nahe gelegen, mit Nawalny zusammenzuarbeiten, den er gut kenne, sagte Schraven, der Nawalny am 18. Dezember auch durch Dresden begleitet hatte. Bezahlt worden sei die Recherche aber nicht vom Kreml-Kritiker, betont Schraven.

„Correctiv“ wurde von der Brost-Stiftung begründet, die der WAZ-Gruppe und der SPD nahesteht. Zu den Sponsoren 2020 gehören das „Luminate Netzwerk“ des persischen PayPal-Gründers Pierre Omidyar (455.977,57 €), die Schöpflin-Stiftung (255.394 €), die Staatskanzlei des Landes NRW (120.000 €), die Rudolf Augstein-Stiftung (70.000 €) die Adessium-Stiftung (70.000 €), die RAG-Stiftung (60.000 €), Google Germany GmbH (60.000 €), die Bundeszentrale für politische Bildung (50.000 €), die Stiftung-Mercator (49.000 €) die Open Society-Foundations (45.879,98 €) und die Deutsche Telekom (20.000 €). Das Auswärtige Amt förderte außerdem das Projekt „Salon Türkiye“ mit 44.000 €.

Das „Correctiv Campfire-Festival 2019“ vor der Staatskanzlei NRW wurde außerdem von den chinesischen Konzernen Huawei und Tiktok mitveranstaltet, wie Freie Welt berichtete. Auf eine Anfrage von FW dazu reagierte „Correctiv“-Chef David Schraven nicht. Die Trump-Regierung verhängte Sanktionen gegen Huawei und Tiktok, die sie als Spionagearm der chinesischen Kommunistischen Partei betrachtete.

In Russland unterstützte George Soros mit seinen Open Society Foundations (OSF) ein ganzes Netzwerk an linken NGOs, bis sie 2015 verboten wurden. Nawalny, der in westlichen Medien als Anführer der Opposition hofiert wird, arbeitete laut Enthüllungen von SorosLeaks seit 2011 mit Open Society zusammen, mit dem Ziel, „Akteure und Allianzen der Zivilgesellschaft (z.B. Nawalny)“ zusammenzubringen, wie ein geleaktes OSF-Dokument enthüllt.

Nawalny arbeitet eng mit dem Exiloligarchen Mikhail

Chodorkowski zusammen, der seit mindestens 2003 mit Soros befreundet ist und seine „Open Russia Foundation“ nach dem Vorbild des Soros-Netzwerks aufgebaut hat. Chordorkowski betreibt von London aus das „Investigativportal“ Dossier Center, einzige Quelle für die Spiegel-Titelstory „Putins Puppen“ über die angeblichen Kremlverbindungen der AfD. Die ARD und der „Spiegel“ veröffentlichen gerne „Recherchen“ aus Russland in Zusammenarbeit mit den soros-nahen Medienlobbyisten Bellingcat und the Dossier Center.

Dürfen die deutschen Facebook-„Faktenchecker“ aktiv in die Politik eines anderen Landes eingreifen und danach noch als „neutral“ gelten? Darf die Bundesregierung eine solche Organisation mit Steuergeldern finanzieren? Die russische Regierung wird sicher einige Fragen hierzu in Berlin stellen.